

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verkaufsstellen nehmen die Anzeigen an. — Preisliste separat. — Druck- und Anzeiger Nr. 53.

Abdruckpreis: Die Abonnenten zahlen für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Kellern- und Zehner 30 Goldpfennige, sonstige 35 Goldpfennige.

Verleger: Auer Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 108

Sonntag, den 10. Mai 1925

20. Jahrgang

Ablehnung des Misstrauensantrages in Preußen.

Braun bleibt.

Im preussischen Landtage wurde in namentlicher Abstimmung der deutsch-nationale Misstrauensantrag mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt.

Die Nachmittags-Sitzung des Landtages wurde vom Präsidenten Bartels um 5 1/2 Uhr eröffnet.

Bevor zur Abstimmung geschritten wird, erhält das Wort der Abg. Biedl (Kom.) zur Geschäftsordnung. Er ersucht das Haus, der kommunistischen Partei die Verlesung einer Erklärung zu gestatten. Die Kommunisten hätten bei der politischen Aussprache erklärt, daß sie bereit seien, das Kabinett Braun durch Stimmenthaltung zu tolerieren, wenn dieses gewisse, von den Kommunisten aufgestellte Bedingungen erfüllen wolle. Da die Regierung Braun keine Erklärung in diesem Sinne abgegeben habe, seien die Kommunisten zu einer veränderten Stellungnahme gezwungen und wollten diese veränderte Stellungnahme in einer Erklärung dem Hause zur Kenntnis bringen. Das Haus beschließt, die Erklärung der Kommunisten nicht entgegenzunehmen.

Es folgte die namentliche Abstimmung über den von den Deutschnationalen eingebrachten Misstrauensantrag gegen das Kabinett Braun, an der sich 428 Abgeordnete beteiligten.

Das Ergebnis schien, noch während sie im Gange war, zweifelhaft. Als der Präsident in lautloser Stille verkündete, daß der Antrag mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt worden sei, der Landtag also mit einer Mehrheit von 6 Stimmen dem Kabinett das Vertrauen votiert habe, brach auf den Bänken der Weimarer Koalition lauter Beifall aus, während auf der Rechten gesüßelt wurde.

Die vereinigten Oppositionsparteien verfügen insgesamt über 226 Stimmen. Davon fehlten 10 bei der Abstimmung. Es wird die nächste Aufgabe sein müssen, stabile Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die der Regierung im Landtage das Arbeiten ermöglichen. Die Besprechungen über eine Verbreiterung der parlamentarischen Basis werden jetzt erst recht wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.

Erst Entwaffnung, dann Räumung der Kölner Zone.

Paris, 8. Mai. Wie „Journal“ und „Echo de Paris“ heute vormittag, wendet sich „Temps“ heute abend gegen die Absicht der englischen Regierung, für die Räumung der Kölner Zone ein bestimmtes Datum festzusetzen. Man würde, so schreibt „Temps“, einen schweren Fehler begehen, wenn man jetzt einen bestimmten Zeitpunkt für die Räumung der Kölner Zone festsetzen würde, unter dem Vorwande, daß ernstliche politische Gründe vorhanden seien, diese Räumung zu gleicher Zeit mit der des Ruhrgebietes, die für den 16. August vorgesehen sei, vorzunehmen, wenn Deutschland lokal den Plan ausführe. Die Kölner Frage wäre in geordneter Weise erst am dem Tage gelöst werden, an dem die Kontrollkommission festgestellt habe, daß Deutschland effektiv gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages entwaffnet habe. Von Deutschland selbst hänge es ab, ob die Befehle der ersten Zone aufgegeben werden könne, oder ausreicht erhalten werden müsse. Die Militärschritte über die strenge Beachtung der Vertragstexte und der Tatsachen schwerlich mit sich reden lassen, ohne auf wesentliche Garantien zu verzichten, die ihnen der Versailler Vertrag gegeben habe. Der Gebietszustand, der jenseits des Rheins nach der Wahl Hindenburgs bestesse, sei nicht dazu geeignet, einen Wechsels von Entgegenkommen zu geben, indem sie ihre Sicherheit der Illusion einer spontanen Wiederbesinnung mit dem Feind von gestern opfern, der nicht „moralisch abgerüstet“ habe.

Zurückziehung eines französischen Kontrollpostens.

Mannheim, 8. Mai. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, werden gemäß einer zwischen der deutschen Regierung und der Interalliierten Rheinlandkommission getroffenen Abmachung, die seit 1918 bez. 1919 in Karlsruhe, Rheinau und im Mannheimer Mühlau-Kanal stationierten französischen Schiffskontrollposten ab Sonnabend, den 9. Mai 1925 zurückgezogen. Morgen vormittag wird der Abtransport dieser Posten nach Ludwigshafen erfolgen.

Caillaux' Steuerpläne.

Paris, 8. Mai. Ueber Caillaux' Steuerpläne teilt „Matin“ mit, der Finanzminister beabsichtige, 1 1/2 Milliarden Einnahmen durch Erhöhung der indirekten Steuern auf Tabak, Alkohol usw. und weitere 1 1/2 Milliarden durch Erhöhung der Spezialerwerbsteuern vom Nutzen der landwirtschaftlichen Betriebe und aus dem mobilen Besitz zu erzielen. Bezüglich der für den Wiederaufbau des ehemaligen Kampfgebietes notwendigen Summen schlägt Caillaux vor, nur die Frankreich auf Grund des Dawesplanes zukommenden Gelder hierfür zu verwenden.

Strafanträge im bulgarischen Tscheta-Prozess.

Sofia, 8. Mai. Der Staatsanwalt, der in seinem Widerspruch noch auf die Tätigkeit des Angeklagten Friedmann hinweist, der die Weisungen des kommunistischen Geheimkomitees an dessen Zweigorganisationen weiterleitete, beantragte die Todesstrafe für Friedmann und den Älfter Gadgoroff, die den Anschlag in der Kasche-

brale vorbereitet und durchgeführt hätten, sowie für Koeff und Kasaloff als Fehler und Mitglieber verbotener Organisationen. Gegen Kamburoff beantragte er 8 Jahre Gefängnis.

Im Prozeß gegen die Urheber des Attentats in der Kathedrale vertrat der Abw. Greljanoff den Schadenersuchanspruch des Staates, der sich auf 12 Millionen Bwva belaufe. Er führte aus, die Urheber des Anschlages hätten offenbar die gegenwärtige Staatsform zerstören wollen und seien Weisungen ausländischer Auftraggeber gefolgt, die die für die Tat nötigen Geldmittel geliefert hätten. Moskau habe es vermocht, in Bulgarien die Methoden einzuführen, wie sie in dem berüchtigten Programm des Bürgerkrieges vorgesehen seien, das den systematischen Terror und die heimliche Auffüllung von Streikkräften empfehle. Der gegenwärtige Prozeß stehe in den Annalen der bulgarischen Rechtsgeschichte einzig da und zeige deutlich, welche verabscheuungswürdigen Pläne von der agrarkommunistischen Einheitsfront verfolgt würden.

Die Kriegsgerichte haben bis jetzt 20 Todesurteile gefällt, die von dem König noch nicht genehmigt sind. Diese Urteile werden von einer juristischen Kommission des Justizministeriums einer Revision unterzogen. Es besteht die Annahme, daß einige Todesurteile in lebenslänglichen Kerker umgewandelt werden.

Die Kriminalpolizei verhaftete in der Wohnung seines Schwiegeraters den Chef der Exekutive in Südbulgarien Dimitar Stischeff der Präfekt der Stadt Vihlypobel während der Regierung Stamboulski war.

Sofia, 8. Mai. Der deutsche Gelehrte Prof. Dr. Wittner hielt gestern keine Antrittsvorlesung an der Sofiaer Universität.

Der Gefängnisarzt vor dem Hofe-Ausschuß.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses über den Hofe-Fall wurde der Medizinalrat Dr. Thiels als Zeuge vernommen. Der Hund der 21 Pantopon- und 12 Luminaltabletten im Bett Hofes sei ihm unerklärlich denn nach ärztlicher Verordnung habe Hofe vom 11. Februar bis 20. April im ganzen 7 Luminale, 7 Pantopon- und 13 Veronal-tabletten erhalten. Er habe die Diagnose bei Hofe immer auf Herzleiden gestellt, nicht auf Vergiftung, denn dagegen habe der Befund gesprochen.

Am 15. April sei er mündlich aufgefordert worden, sich über die Haftfähigkeit Hofes zu äußern. Er habe geantwortet: Nach meinen Dienstvorschriften darf ich die Haftfähigkeit nur danach beurteilen, ob durch die Krankheit der Fluchtverdacht beseitigt ist, oder unmittelbare Lebensgefahr vorliegt. Da beides nicht der Fall ist, muß ich die Haftfähigkeit bezweifeln.

Interessant ist, was der Zeuge über die Vorschriften über die Haftfähigkeit aussagt. Im Jahre 1923 habe er seine Gutachten nach den Weisungen abgefaßt, die ihm sein Vorgesetzter, der bekannte Gerichtsmediziner Dr. Straßmann, gegeben habe. Da habe er noch Patienten für haftunfähig erklärt, wenn zu ihrer besseren ärztlichen Behandlung die Anstaltsvorrichtungen nicht ausreichten.

Bedenken zum „Deutschen Tag“.

Von Alfred Hendauf, M.D.M.

„Deutsche Tage“ militärisch aufgezogene Kundgebungen von Verbänden, die die vaterländische Gesinnung für sich allein und ihre Kreise in Anspruch nehmen, sind zuerst in Bayern inszeniert worden und zwar von demselben Hitler, dem jetzt die nur aus Reichsgerichtet bestehenden bayerische Regierung das Neben in Bayern verboten hat. Dann hat Blauen deutsche Tage gehabt und jetzt hat Aue einen solchen sehen dürfen. „Noch immer wirkt — so lese ich in einem Bericht — was man mit den Augen sieht, auf die Herzen.“ Ein Wald von Fahnen, schmutzige uniformartige Trachten, Generale in großer Uniform, dazu Musikkapellen, gänzlich Unsprachen... „das mußte (so der Bericht) einfach eine tiefgehende Wirkung ausüben.“ Wir bezweifeln gar nicht, daß die imposante äußere Aufmachung manchen gewonnen haben mag, der zunächst nur aus Neugierde kam. Und Stimmungsmache bedeutet in unserm an politisches Denken noch wenig gewöhntem Volk sehr viel, das hat sich erst wieder bei den letzten Wahlen gezeigt. Wir sind deshalb weit davon entfernt, die Bedeutung der Auer Veranstaltung zu unterschätzen. Aber wir sind auch gewiß, daß solche Veranstaltungen mit dem, was geboten wird, auf dieselben keinen Einfluß ausüben können, für die Politik keine Sache des Herzens, sondern des Verstandes ist und die aus ihren verstandesmäßigen Erordnungen heraus politisch nicht mit den Veranstaltern des Auer Tages gehen können. Wer die schwungvollen Reden, die schönen Artikel in der Befestigung mit kritischem Auge verfolgt, was findet er an Postitiven, Greifbarem? Es lieh sich sehr schön in der Befestigung der Modell an das „Kassengewissen“ der Aufruf an die Blonden und Blaudugigen, nur ihregleichen zu betreten, um die germanische Ur-Rasse (wir sehen freilich in Sachsen wenig von ihr) nicht nur zu erhalten, sondern „noch weiter zu züchten“. Aber glaubt der Idealist, der das geschrieben hat, daß der Appell Erfolg haben wird? Es wird sich nichts daran ändern daß bei den Heiraten die Religion („wo die Liebe hinschaut“) und — materielle Rücksichten ausschlaggebend sind.

„Einigkeit“ ist gepredigt worden. Aber nach dem Motto „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so Schlag ich Dir den Schädel ein“. Niebor mit Schwarzrotgold und allem, was zu ihm hält, das war die Lösung dieser Kämpfer für „Einigkeit“. Unter ein und dasselbe Banner bringt man die Deutschen nicht, politische Parteien und ihr Kampf, schon durch die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen bedingt, werden bleiben wie in andern Ländern. Aber was nun? In Deutschland nützt, das ist die gegenseitige Achtung vor der Ueberzeugung der andern. Die Kundgebung in Aue mit ihrem Drum und Dran ist weit entfernt von dieser Achtung, aus ihr spricht der Geist der Intoleranz, der Hass gegen die Andersdenkenden, der Geist, der die politischen Gegensätze a'ischnet mit den moralischen Gegensätzen von gut und böse, der Geist, aus dem heraus in Deutschland die Anhänger des alten Staates bis zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wokott gegen dieselben gehen, die sich zum neuen Staat, zur Republik bekennen. Wir, die wir bei den „Deutschen Tagen“ abseits stehen, weil wir uns nicht darüber täuschen lassen, daß sie nichts anderes sind als Demonstrationen gegen den neuen Volksstaat, wir lieben unser Vaterland nicht minder als die anderen. Wahrhaft vaterländische Gesinnung wird nicht dokumentiert durch geräuschvolle Kundgebungen, durch schöne Reden, sondern national gesinnt ist, wer mit reinem Herzen und reinen Händen für sein Vaterland arbeitet.

Von „8 Jahren Lumperei“ hat einer der Herren politikierenden Genossen in Aue gesprochen und damit auch die gegenwärtige Reichsregierung, zu der keine „roten“ Sozialdemokraten und bis auf den Finanzminister Geiler keine „rosaroten“ Demokraten, wohl aber drei wackere Deutschnationalen gehören, herabgesetzt und geschmäht. Wenn nicht Parteihaf vollständig die Sinne verwirrt hat, wer nur einigermaßen mit objektivem Blick die Geschichte verfolgt hat, wer die Zustände von heute mit denen am Ende des Jahres 1918, als der Zusammenbruch erfolgte, vergleicht, der wird erkennen, daß die 8 Jahre seitdem das Wiedererstehen geordneter Zustände aus einem Chaos bedeuten. Für das Chaos aber, das im November 1918 über Deutschland kam, für den Zusammenbruch bleiben die Verantwortlichen, die in unheilvoller Verblendung dem entgegenarbeiteten, daß der Schritt, den Hindenburg und Ludendorff im Oktober 1918 unternahmen indem sie die Herzogin-